

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Vom „Rechtsstaat“zum Rechten Staat

Der Kampf um den legalen Rahmen für politische Arbeit wird härter. Während faschistische Netzwerke ihre Fäden unbehelligt weiter ausbreiten, werden linke Demonstrationen verboten und immer mehr Strafverfahren gegen Organisationen geführt. Die Grundrechte scheinen dabei lange nicht so unantastbar zu sein wie gern behauptet wird.

Innerhalb von Recht und Gesetz kann sich jede und jeder in der Bundesrepublik Deutschland frei politisch engagieren – oder etwa doch nicht? Die Grenzen des Möglichen scheinen besonders in den letzten Monaten auch ohne den Beschluss oder die Abschaffung von Gesetzen neu gezogen werden zu können. Ob sie enger oder weiter werden, hängt ganz von der Richtung der Betätigung ab: Stellen Menschen die herrschende Ordnung in Frage oder verfolgen sie das Ziel, sie zu erhalten?

Ordnung für den Kapitalismus

Hinter der „freiheitlich-demokratischen“ Grundordnung steckt in Deutschland das System des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium. In ihm müssen sich alle Teile der

Gesellschaft der Sicherung des größtmöglichen Profits für ein paar wenige Großkonzerne unterordnen. So auch der Staat, der kein neutraler Vermittler zwischen den verschiedenen Klassen ist, sondern ein Werkzeug in der Hand der mächtigsten Kapitalist:innen samt der Armee, Polizei und aller weiteren Behörden.

Aufrecht erhalten wird der Kapitalismus dank der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter:innenklasse. Dies ist das Fundament, dessen Schutz eine der wichtigsten Aufgaben des deutschen Staates ist. Diesem Zweck dient auch das geltende Recht. Dabei spielt es keine Rolle, welche Form der Staat annimmt. So wollen zum Beispiel Faschist:innen durchaus Elemente der bürgerlichen Demokratie abschaf-

fen. Die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter:innen tasten sie dabei jedoch nicht an – im Gegenteil, sie wollen sie sogar weiter verschärfen.

Auf dem rechten Auge blind?

Vor diesem Hintergrund erklären sich auch die zweierlei Maße, mit denen gegen rechte und linke Aktivist:innen vorgegangen wird. Der NSU konnte mehrere Jahre lang Migrant:innen mit Hilfe des Verfassungsschutzes ermorden. Die mehrmalige Aufdeckung faschistischer Netzwerke in der Eliteeinheit „Kommando Spezialkräfte“ der Bundeswehr

führte zu keinerlei ernsthaften Konsequenzen. Und alle Polizeieinheiten aufzulisten, die keine rechte Chatgruppen haben, wäre wahrscheinlich sehr viel schneller, als alle mit solchen Gruppen.

Obwohl der Faschismus keine Bedrohung, sondern eine Stütze des Kapitals ist, ist zwar Mord, der Diebstahl von Waffen und Munition und das Verschicken von Hakenkreuzbildern immer noch gesetzeswidrig. Die Verfolgung und Verurteilung solcher Taten von faschistischen Bundeswehrsoldat:innen, Polizist:innen oder sonstigen Straftäter:innen erhält dadurch aber einen gänzlich anderen

Charakter als bei Antifaschist:innen, Umweltaktivist:innen



Abschaffung der letzten Reste des Rechts auf Asyl

Das von der EU beschlossene „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ ist die Abschaffung der letzten Reste des Rechts auf Asyl und der massive Ausbau der Festung Europa zur Flüchtlingsabwehr. Damit werden die Forderungen von faschistischen Kräften nun zur offiziellen EU-Agenda. > Seite 3

KI: Fortschritt oder Menschheitsgefahr?

Seit der Veröffentlichung von ChatGPT ist die Diskussion über Künstliche Intelligenz wieder im vollen Gange. Die Programmierer warnen gar vor der Auslöschung der Menschheit. Tatsächlich sollten wir uns die Frage stellen, in wessen Händen sich die Technologie befindet. > Seite 4

oder Kommunist:innen. Der Staat ist nicht „auf dem rechten Auge blind“, sondern rechte Strukturen sind sein notwendiger Bestandteil. Daran ändern auch Einzelpersonen nichts, die innerhalb ihrer Behörden ehrlich etwas dagegen unternehmen wollen.

Haftstrafen für politische Betätigung

Erfahrungen linker Organisationen und Demonstrant:innen in den letzten Monaten zeigen deutlich das andere Gesicht der staatlichen Behörden. Anstatt ohne große Sorgen Gesetze überschreiten zu können, werden selbst die angeblich unantastbaren Grundrechte für fortschrittliche und revolutionäre Aktivist:innen immer weiter beschnitten und außer Kraft gesetzt.

So werden den Kommunist:innen Özgül Emre, Serkan Küpeli und İhsan Cibelik im Rahmen eines Strafverfahrens nach § 129b gegen eine „terroristische Vereinigung im Ausland“ legale politische Tätigkeiten vorgeworfen, für die sie aber inhaftiert sind. Dazu gehören die Teilnahme an linken Sommercamps sowie die Organisation von Kundgebungen, Veranstaltungen und Konzerten der türkischen Musikgruppe Grup Yorum. Die deutschen Behörden übernehmen dabei die Konstruktion des faschistischen Erdoğan-Regimes, dass Grup Yorum zur verbotenen kommunistischen Partei DHKP-C gehört.

Ähnlich heftig, wie Menschen für das Organisieren von Kundgebungen zu inhaftieren, reagierten Staatsanwaltschaft und Kriminalamt auf die Straßenblockaden

der Umweltgruppe „Letzte Generation“. Ihre Forderungen sind zwar grundsätzlich harmlos für den Staat, dafür bewegen sich ihre Aktionsformen außerhalb des legalen Rahmens und erzeugen viel Aufmerksamkeit. Dafür werden sie stärker verfolgt als Netzwerke von Faschist:innen. So gibt es ebenfalls ein Verfahren gegen die Gruppe nach § 129 als „kriminelle Vereinigung“. Aktivist:innen aus München und Regensburg wurden zudem in Präventivgewahrsam genommen. In Bayern ist diese Haft ohne Anklage bis zu drei Monate lang möglich.

Der Fall Lina E.

Aktionen in Solidarität mit der Antifaschistin Lina E. und ihren Mitangeklagten waren im letzten Monat die jüngste Zielscheibe massiver Repressionen und Grundrechtseinschränkungen. Im sogenannten „Antifa Ost“-Prozess wurde den Antifaschist:innen vorgeworfen, Angriffe gegen Faschist:innen verübt zu haben. Auch hier handelt es sich um den Vorwurf der Bildung einer „kriminellen Vereinigung“ nach § 129. Lina E. soll laut Bundesanwaltschaft der angebliche Kopf der Leipziger Gruppe sein. Seit September 2021 saß sie deswegen in Untersuchungshaft.

Im Prozess selbst wurde im Vorhinein schon der politische Charakter deutlich. So stützte sich die Generalstaatsanwaltschaft nicht auf wirkliche Beweise, sondern insbesondere auf Aussagen des Kronzeugen Johannes D., der früher mit den Angeklagten zusammengearbeitet haben soll. Zu einer zweifelsfrei-

en Feststellung kam es weder beim Tatvorwurf noch der individuellen Schuld. Was ansonsten als „rechtsstaatlicher“ Standard gilt, schien außer Kraft gesetzt. Die Taten selbst sind damit nicht das Primäre, weswegen Lina E. verurteilt werden sollte. Es ging darum, ein Zeichen an alle Antifaschist:innen zu senden: Während rechte Terrorstrukturen sich immer weiter ausbreiten können, werdet ihr ins Gefängnis gesteckt, solltet ihr etwas daran ändern wollen.

Der Tag X in Leipzig

Als dann am 31. Mai das Urteil verkündet wurde, kam es noch am selben Tag zu Solidaritätsdemonstrationen in vielen Städten. Während diese Aktionen bereits zum Teil von der Polizei angegriffen wurden, wurde die geplante Leipziger Großdemonstration am Samstag nach „Tag X“, das heißt zum Tag der Urteilsverkündung, schnell verboten. In der Begründung für das Verbot wird auf die Lageeinschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz verwiesen – dasselbe Amt, bei dem in den 2000er Jahren regelmäßig Akten zu Nazinetzwerken wie Blood & Honour oder des NSU „verschwanden“ und erst nach 2011 wieder auftauchten.

Zusätzlich zum Verbot der antifaschistischen Demonstration wurde fast ganz Leipzig von Freitag zu Sonntag zum Kontrollbereich. In ihm waren für 48 Stunden willkürliche Personenkontrollen durch die Polizei möglich, ohne konkreten Anlass oder Verdacht.

Beim einfachen Verbot von Demonstrationen blieb es aber in Leipzig nicht. Mehrere Tausend Beamt:innen, Hubschrauber, zehn Wasserwerfer und Räumpanzer waren am Samstag, dem 3. Juni dann in der Stadt. Die genehmigte Aktion gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit wurde von der Polizei noch vor Beginn bedrängt und mit dem Vorwurf der Vermummung gestoppt, wobei unter den Vermummten mutmaßliche Poli-

zist:innen des USK Bayern als „Tatbeobachter:innen“ gesichtet wurden.

Daraufhin wurden die Demonstrant:innen von der Polizei angegriffen und eingekesselt. Niemand konnte den Versammlungsort verlassen. Für mehr als elf Stunden gab es weder Essen und Trinken noch Sanitäranlagen. Zusätzlich wurde durch ein ständiges Helme auf- und wieder absetzen der Polizei eine permanente Drohkulisse aufgebaut. Als einzelne Personen nach und nach herausgezogen wurden, blieb es nicht bei Drohungen. Es kam zu schwerer Gewaltanwendung sowie Berichten zufolge zu Situationen, bei denen Personen selbst in die Unterhose geleuchtet wurde.

Legalität und Legitimität

Die aufgezählten Beispiele zeigen, was es mit der freien Betätigung innerhalb des Gesetzes auf sich hat, wenn es sich um Protest gegen das System handelt. Wenn die deutsche Polizeigewerkschaft nach elf Stunden Kessel und gewaltsamen Übergriffen durch die Polizei in Leipzig sagt, „Der Rechtsstaat hat sich trotz tausendfacher Gewalt durchgesetzt“, dann kann man sehen, was der Rechtsstaat sein soll.

Angesichts dessen ist klar, dass für den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, Faschismus und Umweltzerstörung Legalität nicht gleichbedeutend mit Legitimität sein kann. Selbst die Rechte, die uns angeblich zustehen, werden mit Füßen getreten. Legitim ist, was uns näher an unsere Befreiung als Arbeiter:innen bringt und nicht, was der Staat der Kapitalist:innen erlaubt. Gleichzeitig müssen wir neue Versammlungs- und Polizeigesetze verhindern, die den Rahmen noch enger ziehen wollen und es ihnen noch leichter machen, uns einzuschüchtern und mit Strafen zu überziehen. Gegen diese innere Aufrüstung hilft uns nur der gemeinsame Kampf und unsere Solidarität als Arbeiter:innen.

„Die Polizei griff uns ohne Vorwarnung plötzlich an und schlug uns gegen Köpfe und Beine.“

Eine Demonstrantin berichtete gegenüber Perspektive:

Die Demo wurde ganz am Anfang gekesselt, ich bin mir sicher, dass die Polizei nie vorhatte, uns loslaufen zu lassen. Vorher machte die Polizei ein paar Durchsagen, es war unmöglich sie zu verstehen. Ein paar Personen wurden dabei verletzt. Die Polizei bildet dann einen zweiten Kessel mit

ihren Mannschaftswagen und positionierte auch zwei Wasserwerfer vor dem Park, zu diesem Zeitpunkt war klar, dass sie uns sehr lange festhalten möchten.

Dann gab es eine Durchsage, dass die Versammlung beendet sei und wir eine Straftat begehen würden. Als es sehr spät wurde und viele Leute schon müde waren, griff die Polizei

die Menschenmenge plötzlich und ohne Vorwarnung an. Einem Genossen von mir wurde dabei ins Gesicht geschlagen und seine Brille kaputt gemacht. Ich und andere haben Schlagstöcke gegen die Beine bekommen, manche haben immer noch Bluterläuse davon. Jeder wurde dann einzeln aus dem Kessel gezogen und von der Polizei fotografiert, die Sachen

wurden durchsucht, die Personalien aufgenommen und wir alle sind wegen schwerem Landfriedensbruch angeklagt. Die acht, neun Stunden im Kessel waren natürlich zermürbend, ich war ziemlich müde. Aber die Leute haben versucht die Stimmung alle zusammen hochzuhalten, auch nach vielen Stunden im Kessel wurde noch gemeinsam gesungen.



„Gemeinsames Europäisches Asylsystem“: Abschaffung der letzten Reste des Rechts auf Asyl

Bundesinnenministerin Nancy Faeser nannte die Einigung der EU-Innenminister:innen Anfang Juni in Luxemburg „historisch“ und sprach von einer „neuen, solidarischen Migrationspolitik“. In Wahrheit ist sie das genaue Gegenteil: Die Abschaffung der letzten Reste des Rechts auf Asyl und der massive Ausbau der Festung Europa zur Flüchtlingsabwehr. Damit werden die Forderungen von faschistischen Kräften nun zur offiziellen EU-Agenda.

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen über die Verteilung von Flüchtlingen in der EU und die möglichst effektive Abwehr bereits außerhalb der EU-Grenzen haben sich die EU-Innenminister:innen am 8. Juni auf massive Verschärfungen im EU-Asylsystem verständigt. Diese bedeuten eine faktische Abschaffung des Asylrechts für einen Großteil der Schutz suchenden Flüchtlinge bedeuten. Die „Festung Europa“ wird damit weiter ausgebaut und perfektioniert, ihre Abschiebemaschinerie mit Milliarden Euro pro Jahr geschmiert.

Lager und Schnellverfahren

Die Innenminister:innen der EU-Länder haben sich bei ihrem Treffen darauf geeinigt, dass Flüchtlinge, die aus einem sogenannten sicheren Drittstaat einreisen oder aus Ländern kommen, aus denen durchschnittlich weniger als 20 Prozent der Asylsuchenden aktuell anerkannt werden, ihre individuellen Fluchtgründe gar nicht mehr darlegen dürfen. Stattdessen sollen sie bis zu drei Monate lang unter haftähnlichen Bedingungen eingesperrt werden, während in einem Schnellverfahren entschieden wird, ob sie überhaupt einen Asylantrag stellen dürfen. Diese Internierung in Lagern soll es auch für Familien mit Kindern geben.

Dieses Schnellverfahren würde aktuell etwa für alle Menschen aus der Türkei, Indien, Tunesien, Serbien oder Albanien gelten. Ebenso für alle Menschen, die über so definierte „sichere Drittstaaten“, also Nordafrika oder Osteuropa, versuchen in die EU einzureisen. Je nach Ausgang des Grenzverfahrens können die Geflüchteten dann entweder unter Zwang abgeschoben oder bei entsprechender Beurteilung der Chancen dann für die Durchführung eines regulären Asylverfahrens ins Land gelassen wer-



den. Zudem soll die Überwachung und Abschiebung abgelehnter Asylsuchender erleichtert werden, zum Beispiel, indem mehr Daten über sie gesammelt und zentral gespeichert werden.

Durch Schnellverfahren soll im Idealfall innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob die Geflüchteten Chancen auf Asyl haben. Wenn nicht, sollen sie so schnell wie möglich abgeschoben werden. Die Gesamtdauer des Asyl- und Abschiebeprozesses an der Grenze soll laut dem Rat der EU nicht mehr als sechs Monate betragen. Auch Deutschland soll künftig solche Schnellverfahren an seinen internationalen Flughäfen ausführen.

In der Realität dürften diese Verfahren dazu führen, dass die Geflüchteten ohne einen Rechtsbeistand über Monate oder Jahre in Lagern eingesperrt werden, wo sie auf ihre Abschiebung in ein Drittland in Nordafrika oder dem Balkan warten oder direkt in ihr Heimatland abgeschoben werden, aus dem sie geflohen sind.

Die Definition von sicheren Drittstaaten schließt die Haupttransitländer Türkei, die Maghreb-Staaten in Nordafrika, fast alle Staaten des Balkan und sogar Teile Libyens ein. Zudem soll es den EU-Mitgliedsstaaten künftig nicht mehr verboten sein, Menschen in Grenzlagern festzusetzen, die aus Staaten mit einer Anerkennungsquote von mehr als 20 Prozent kommen.

Der CDU-Generalsekretär Mario Czaja fordert unterdessen bereits weitere Verschärfungen. So soll die Bundesregierung die Ausweitung der Definition sicherer Drittstaaten umsetzen, um die Möglichkeit zu bekommen, noch mehr Menschen abschieben zu können.

Arbeitskräfte statt Flüchtlinge?

Während es Flüchtlingen immer unmöglicher gemacht werden soll, überhaupt in die EU oder gar nach Deutschland zu kommen, versucht die Bundesregierung händeringend ausgebildete Arbeitskräfte im Ausland anzuwerben, welche die besonders schlecht bezahlten und anstrengenden Jobs in Deutschland erledigen sollen.

Die Arbeitskräfte sollen vor allem für die Bereiche der Pflege und hier der 24-Stunden-Pflege und weiteren medizinischen Berufen, sowie im Bereich der Erntehelfer:innen angeworben werden. Dazu bereiten vor kurzem Außenministerin Annalena Baerbock und Arbeitsminister Hubertus Heil Brasilien. Hier wollen sie im Rahmen einer „fairen Einwanderung“ in Deutschland händeringend gesuchte Arbeitskräfte anwerben. Die Migration von Arbeitskräften wird also durchaus benötigt, solange sie sich nur gut vermarkten lassen und die Profite deutscher Konzerne erhöhen und die deutsche Gesundheitsversorgung am laufen halten.

Widerstand gegen die EU Pläne

Auch wenn es in der Bundesregierung große Einigkeit zu dem Vorhaben der weiteren Abschaffung des Rechts auf Asyl gibt und SPD, Grüne und FDP mit diesem Vorhaben die Forderungen faschistischer Kräfte wie der AfD umsetzen, gibt es breiten Widerspruch gegen das Vorhaben.

So veröffentlichten 50 Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen eine gemeinsame Erklärung gegen die Verschärfungen. Unter dem Titel „Das Recht auf Schutz darf nicht abgeschafft werden - Dem rechten Diskurs mit einer Politik der Menschenrechte entgegenzutreten“ protestieren zudem 800 Jurist:innen mit einem offenen Brief gegen die Vorhaben der Bundesregierung, denn die zunehmende Abschottung Europas werde nicht zu weniger Flucht führen, sondern nur zu mehr Leid und Tod an den Außengrenzen der EU.

Dass diese Reaktionen die Pläne der EU nicht aufhalten werden, scheint klar. Wichtiger sind da schon die zahlreichen Demonstrationen, die bereits gegen die Beschlüsse der EU-Innenminister:innen stattgefunden haben. Hier zeigten tausende Menschen, dass sie diese menschenverachtende Politik der militärischen Abschottung der Festung Europa nicht mittragen.

In trockenen Tüchern ist die Reform des Asylrechts zudem noch nicht, die EU-Länder müssen die Pläne noch im Europaparlament verabschieden. Die Bundesregierung drängt auf einen Abschluss der Asylreform bis zur Europawahl im Juni 2024, damit die Reform nach den Wahlen nicht neu verhandelt werden muss.

Künstliche Intelligenz: Fortschritt oder Menschheitsgefahr?

Seit der Veröffentlichung des Sprachassistenten ChatGPT ist die Diskussion über Künstliche Intelligenz wieder im vollen Gange. Die eigenen Entwickler des Chatbots warnen in einem Aufruf vor der Gefahr einer Auslöschung der Menschheit durch KI. Tatsächlich sollten wir uns eher die Frage stellen, in wessen Händen sich die Technologie befindet.

Im November 2022 veröffentlichte das US-Unternehmen OpenAI den Sprachassistenten ChatGPT. Diesem kann man über eine Webseite Fragen zu allen erdenklichen Themen stellen und erhält – nicht immer, aber auch nicht selten – erstaunlich gute Antworten. ChatGPT kann automatisch Artikel, Reden und andere Texte schreiben sowie Computercodes erzeugen. Microsoft integriert den Chatbot derzeit in zahlreiche seiner Produkte.

ChatGPT ist derzeit das wohl bekannteste Beispiel für Künstliche Intelligenz. Darunter werden Computersysteme verstanden, die in der Lage sind, menschliche Intelligenz zu imitieren, z.B. durch das automatische Erstellen von Texten. Mit wirklicher Intelligenz hat das natürlich wenig zu tun. Die Software von ChatGPT macht im Prinzip nichts anderes als das nächste Wort für einen gegebenen Satzteil statistisch vorherzusagen. Dafür wurde das sogenannte Neuronale Netz, der Kern des Programms, mit einer riesigen Menge von Texten aus Büchern, Webseiten und vielem mehr trainiert.

ChatGPT hat die Diskussion über Künstliche Intelligenz wieder stark befeuert: Wird die neue Technologie zahlreiche Jobs wegautomatisieren, z.B. in den kreativen Berufen? Wird die Verbreitung von Fake News auf eine neue Stufe gehoben? Ende Mai

warnen Dutzende Persönlichkeiten aus der KI-Forschung, darunter OpenAI-Chef Sam Altman, sogar vor einer Auslöschung der Menschheit durch KI, ähnlich wie in Science-Fiction-Dystopien. Sie forderten, ihre Entschärfung müsse eine ebenso

hohe Priorität haben wie Pandemien und Atomkriege.



Die Debatte ist nicht neu. Schon 2017 hatten sich Elon Musk und Mark Zuckerberg medienwirksam über die Gefahren durch KI gestritten. Da beide auch jetzt wieder in die Debatte eingestiegen sind und ebenso wie Altman ihr Geld mit der Technik ver-

dienen, liegt der Verdacht einer gezielten PR-Kampagne nahe.

Die Diskussion hat jedoch einen realen Hintergrund: KI wird schon lange auch für militärische Zwecke eingesetzt, z.B. in Form unbemannter

Drohnen. Je autonomer diese Systeme agieren und sich selbst verbessern können, desto mehr kann die Kriegsführung von menschlichen Faktoren, wie z.B. der Moral einer Armee, entkoppelt werden. Aufgrund solcher Fragen beschäftigen sich heute auch Geostrategen wie der frühere US-Außenminister Henry Kissinger mit dem Thema. Dieser warnt etwa

davor, dass KI in Kriegssituationen ein Vorgehen empfehlen könnte, das „der Präsident und seine Berater für erschreckend unklug“ halten: „Wenn wir uns auf die Antwort verlassen, können wir sie nicht noch einmal überprüfen.“

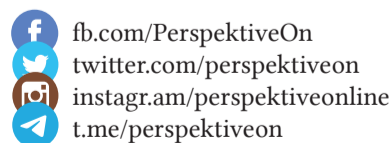
Solche Erwägungen weisen auf das eigentliche Problem hin, das hinter der KI-Diskussion steckt. Die technologische Entwicklung ist nämlich längst über die gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus hinausgewachsen. Technologien wie Künstliche Intelligenz oder Atomenergie erfordern, dass sie nach einem gesellschaftlichen Plan eingesetzt werden, den es nur in einer sozialistischen Gesellschaft geben kann. Es sind die Bedingungen der kapitalistischen Konkurrenz und des imperialistischen Kampfes um die Neuaufteilung der Welt, welche das zerstörerische Potential von Technologien wie KI hervorbringen. Will die Arbeiter:innenklasse außerdem, dass

die neue Technologie ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert, anstatt diese zu bedrohen, muss sie die gesamten Produktionsmittel eben in ihre eigenen Hände nehmen. Altman, Musk und Zuckerberg zeigen auch deshalb mit dem Finger auf die Maschinen, um alle Welt von dieser Frage abzulenken.

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>



V.i.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende
<https://perspektive-online.net/spenden>